Newsletter des VCD-Düsseldorf, Ausgabe August 2021





"Alle reden vom Klima. Wir ruinieren es!" Das stand auf Plakaten, die Anfang August in Düsseldorf und anderen Städten zu sehen waren und der CDU zugeschrieben wurden. Tatsächlich ist der Slogan bereits erheblich älter: Schon 1988 hat Klaus Staeck zusammen mit Greenpeace Plakate mit dieser Überschrift gedruckt. Damals ging es um um das Ozonloch und Fluorchlorkohlenwasserstoffe.

Natürlich wurden die Plakate keineswegs im Auftrag der CDU geklebt. Wie alle anderen im Bundestag vertretenen Parteien mit Ausnahme der AfD schreibt die CDU den Klimaschutz im Kampf um Wählerinnen und Wähler bei der Bundestagswahl am 26. September ganz groß – und es ist sehr gut, dass dies so ist. In dem aktuellen Kommentar gehe ich ausführlicher auf die Bedeutung des Klimaschutzes im Wahlkampf ein. Leider fehlt es aber allen Parteien an konkreten Ideen zur Verwirklichung des erklärten Zieles – oder sie trauen sich nicht, den Menschen die Wahrheit zu sagen, weil dies Stimmen kosten könnte. Wie auch immer – erst deutlich nach der Wahl und frühestens mit der Regierungsbildung wird sich zeigen, ob dem Klimaschutz im Regierungshandeln die notwendige Priorität eingeräumt wird.

Auf kommunaler Ebene scheint der Ernst der Lage ebenfalls noch nicht wirklich erkannt worden zu sein, auch wenn immer häufiger der Klimaschutz in der Argumentation auftaucht, etwa beim Düsseldorfer Zielkonzept Stadtbahn / Straßenbahn. Bei unserem Treffen in der kommenden Woche werden wir den Problemen aber ins Auge sehen. Versprochen!

Jost Schmiedel

Bericht über vermeintliche CDU-Plakate in Düsseldorf bei rp-online: https://rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/cdu-duesseldorf-unbekannte-haengenvermeintliche-cdu-plakate-auf_aid-61929673

Umweltplakate von Klaus Staeck: https://klaus-staeck.de/umwelt-plakate/

Termine

Die Anmeldung zu allen unten aufgeführten VCD-Veranstaltungen kann erfolgen an jost@vcd-duesseldorf.de

Monatstreffen des VCD-Regionalverbands

Die regelmäßigen Treffen finden üblicherweise am 4. Dienstag eines Monats statt und zur Zeit jeweils im Wechsel als Videokonferenz und persönliche Zusammenkunft. Aus organisatorischen Gründen bitten wir um Anmeldung. Im Zentrum des bevorstehenden Treffens soll die Frage stehen, welche konkreten Maßnahmen aus unserer Sicht erforderlich und umsetzbar sind für die Erreichung des Zieles einer Verkehrswende in absehbarer Zeit.

- > Wann? Di., 24.08., 19.30 Uhr
- ➤ Wo? Restaurant Notos, Kokkolastr. 1a in Ratingen, in fußläufiger Entfernung zum S-Bahnhof Ratingen-Ost

Sitzung des Düsseldorfer Ordnungs- und Verkehrsausschusses

Die Sitzung ist öffentlich und kann auch per Livestream verfolgt werden unter https://www.duesseldorf.de/rathaus-online/politik.html

Sitzungsunterlagen:

https://ris-duesseldorf.itk-rheinland.de/sessionnetduebi/si0057.asp? ksinr=21523

- > Wann? Mi., 25.08., 16 Uhr
- Wo? Plenarsaal des Düsseldorfer Rathauses, Marktplatz 2

Fahrraddemo "Ohne Kerosin nach Berlin"

Die "Students For Future" fahren auf ihrer "Westtour" nicht durch Düsseldorf, aber durch die Nachbarstadt Duisburg. Weitere Informationen: https://ohnekerosinnachberlin.com

- > Wann? **Do., 26.08., ab 16 Uhr**
- ➤ Wo? Treffen Portsmouthplatz am Duisburger Hauptbahnhof, Fahrt zum Marktplatz in Schmachtendorf, dort um 18.30 Uhr Abschlusskundgebung

Fridays For Future Demonstration: #NichtWieNRW

- > Wann? Fr., 27.08., ab 17 Uhr
- > Wo? Wiese vor dem Düsseldorfer Landtag

Arbeitskreis zur Düsseldorfer Radverkehrspolitik von VCD und ADFC

Wir wollen uns wieder persönlich treffen und bitten um Anmeldung, damit wir besser planen können.

- > Wann? **Di., 7.09., 19 Uhr**
- > Wo? Fahrrad Info Zentrum (FIZ) des ADFC, Siemensstraße 46

Monatstreffen des VCD-Regionalverbands

Das Septembertreffen findet als Videokonferenz über die Plattform "Zoom" statt.

- > Wann? Di., 28.09., 17.30 Uhr
- > Wo? Videokonferenz, Zugangsdaten werden nach der Anmeldung zugeschickt

Verkehrsnachrichten

Düsseldorf: Zielkonzept Stadtbahn / Straßenbahn

Bei der Sitzung des Ordnungs- und Verkehrsausschusses des Düsseldorfer Stadtrates in der kommenden Woche (Details siehe unter Termine) steht unter anderem die Diskussion eines Konzeptes auf der Tagesordnung, wie das existierende Netz der Stadt- und Straßenbahnen erweitert werden könnte. Es enthält sehr viele Vorschläge; konkrete Entscheidungen zu einzelnen Projekten sind allerdings nicht zu erwarten – erst recht nicht zu Realisierungszeiträumen. [JS]

Sitzungsunterlagen:

https://ris-duesseldorf.itk-rheinland.de/sessionnetduebi/si0057.asp?__ksinr=21523

Eisenbahn-Warnstreik am 23. und 24. August

Morgen und übermorgen wird die GdL wieder den Personenverkehr der DB bestreiken. Es ist davon auszugehen, dass die Regelungen, die der VCD NRW für den Streik vor zwei Wochen zusammengestellt hatte, entsprechend wieder gelten werden. [IT] https://nrw.vcd.org/der-vcd-in-nrw/duesseldorf-mettmann-neuss/news/infos-zum-warnstreik-der-gdl-am-11-und-12-08-21/

Neues aus dem VCD

Tempo 30: Düsseldorf soll sich Städteinitiative anschließen

Leipzig, Freiburg, Aachen, Augsburg, Hannover, Münster und Ulm fordern einen größeren Entscheidungsspielraum für Städte, die eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h in mehr oder weniger großen Teilen ihres Stadtgebietes einrichten wollen. Sie haben als Erstunterzeichnerinnen eine Initiative gestartet und hoffen auf weitere Unterstützung aus anderen Städten.

Der Bundesgesetzgeber wird aufgefordert, umgehend die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Kommunen ohne weitere Einschränkungen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts dort anordnen können, wo sie es für notwendig halten. Die beteiligten Städte sehen Tempo 30 für den Kraftfahrzeugverkehr auch auf Hauptverkehrsstraßen als integrierten Bestandteil eines nachhaltigen gesamtstädtischen Mobilitätskonzepts und einer Strategie zur Aufwertung der öffentlichen Räume.

Der VCD Düsseldorf wird kurzfristig zusammen mit dem ADFC die politisch Verantwortlichen in Düsseldorf auffordern, sich der Initiative anzuschließen. Es gibt hier aus verschiedenen Gründen immer wieder den Wunsch, für bestimmte Straßen eine solche Tempobeschränkung vorzuschreiben. Wegen fehlender Rechtsgrundlage konnte das in vielen Fällen bisher nur in Ausnahmefällen auf Hauptstraßen umgesetzt werden – etwa auf der Merowingerstraße. Gerade dieses Beispiel macht aber deutlich, dass solche "Insellösungen" Probleme mit sich bringen, weil sie für viele Autofahrerinnen und Autofahrer nicht nachvollziehbar sind. [JS]

Weitere Informationen zum Hintergrund des Problems von der "Agora Verkehrswende": https://www.agora-verkehrswende.de/veroeffentlichungen/mobilitaetswende-vor-ort/

Kommentar

Heute von Jost Schmiedel zur Bedeutung der **Bundestagswahl am 26. September** für die Erreichung der Klimaschutzziele:

Das Bundesverfassungsgericht hat in einem aufsehenerregenden Urteil am 29. April dieses Jahres entschieden, dass Deutschland bisher zu wenig getan hat, um das beschlossene Ziel zu erreichen, bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu werden. Im Jahr 2015 hatten sich die meisten Länder der Erde bei einer von den Vereinten Nationen organisierten Konferenz in Paris darauf verständigt, den Temperaturanstieg auf dem Planeten zu begrenzen auf unter 2°C, nach Möglichkeit auf 1,5°C über dem vorindustriellen Niveau. Nach dem Verfassungsgerichtsurteil hat die Bundesregierung umgehend eine Verschärfung des

Klimaschutzgesetzes vorgelegt, die von Bundestag und Bundesrat im Juni beschlossen wurde.

Vor der Bundestagswahl sind wir nun in der Situation, dass fast alle Parteien bei einem weitgehend als bedeutsam angesehenen Thema das gleiche wollen. Von den größeren Parteien lehnt allein die AfD Klimaneutralität in ihrem Wahlprogramm als Ziel ab. CDU/CSU, SPD, Grüne, FDP und Linke lassen in ihren Programmen keinen Zweifel daran, dass es ihnen Ernst damit ist.

Tatsächlich herrscht sogar eine große Einigkeit bei den Wegen, mit denen die Klimaneutralität erreicht werden soll. Es soll einerseits investiert werden in umwelt- und klimafreundliche Technologien. Und andererseits sollen CO2-Emissionen teurer werden; allein die Linke erwähnt dieses Element nicht. Das Geld, was durch die höheren Einnahmen hereinkommt, soll aber wieder an die Bürgerinnen und Bürger zurückfließen – beispielsweise dadurch, dass Strom billiger wird. Eine interessante Idee ist, dass an jede und jeden jährlich ein fester Betrag ausgezahlt wird, was bei den Grünen "Energiegeld" heißt und bei der FDP "Klimadividende". Die SPD will so etwas noch prüfen, die CDU erwähnt es in ihrem Wahlprogramm nicht.

Die Erreichung des Ziels Klimaneutralität bis 2045 oder spätestens 2050 scheint also zumindest für Deutschland nur noch eine Formsache zu sein, so groß ist die Einigkeit. Was könnte noch schief gehen? Eine absolute AfD-Mehrheit ist jedenfalls bei der bevorstehenden Wahl eher nicht zu erwarten.

So weit es aktuell zu erkennen ist, wird es jedenfalls in absehbarer Zeit keine "technischen" Lösungen geben wird, deren Anwendung ausreichen wird, die Probleme komplett zu lösen. Theoretisch könnte Kohlendioxid der Erdatmosphäre entzogen oder irgendwo gespeichert werden. Die FDP setzt auf diese Idee in ihrem Wahlprogramm. Bis 2050 wird so etwas in größerem Maßstab aber sehr wahrscheinlich nicht möglich sein.

Es scheint erreichbar, bis 2040 den aktuellen Strombedarf Deutschlands aus regenerativen Quellen zu decken. Im vergangenen Jahr wurde etwas über die Hälfte des hier produzierten Stroms so erzeugt, was unter anderem damit zusammen hängt, dass aufgrund der Corona-Pandemie weniger Strom verbraucht wurde. Im bisherigen Verlauf diesen Jahres hat sich das Verhältnis wieder umgekehrt, auch weil der Wind weniger kräftig wehte. Bis 2040 könnte es möglich sein, alle Kohle- und Gaskraftwerke abzuschalten – wenn der Bau von Anlagen zur Stromerzeugung aus Wind- und Solarenergie und von Stromtrassen forciert und die Entwicklung von Technologien zur Speicherung von Energie in größerem Maßstab vorangetrieben wird.

Im Verkehrssektor beispielsweise erscheint eine Klimaneutralität in absehbarer Zeit aber nur erreichbar, wenn erheblich weniger Menschen mit dem Auto fahren. Theoretisch können Elektroautos zwar klimaneutral unterwegs sein, aber in der Praxis ist nicht zu erkennen, wie alle Menschen, die heute regelmäßig ein Auto nutzen, auf solche Fahrzeuge umsteigen sollen. Die Voraussetzungen dafür sind einfach nicht gegeben hinsichtlich Ladeinfrastruktur und Verfügbarkeit.

Deshalb ist eine Erreichung des Klimaziels in diesem Sektor nur erreichbar, wenn viele Menschen ihr Verhalten ändern und auf andere Verkehrsmittel umsteigen. Das ist leicht gesagt für Leute, die heute schon selten oder nie mit dem Auto unterwegs sind – und darin keine Einschränkung ihrer Lebensqualität sehen. Es gibt aber viele, die aufgrund ihrer Lebenssituation oder Lebensphilosophie die Lage anders betrachten – und dies sind

diejenigen, die aktuell ein Auto besitzen.

Wenn nun der CO2-Ausstoß deutlich verteuert wird, steigt der Benzinpreis. Und wenn er so stark steigt, dass viel weniger Benzin verbraucht wird – und das ist ja das Ziel – dann trifft dies die Menschen sehr unterschiedlich: Es gibt diejenigen, die grummelnd in die Tasche greifen und mehr Geld auf den Tisch legen, und andere, die dann nicht mehr mithalten können. Sie müssen auf das Auto verzichten, ob sie wollen oder nicht. Es kann auch durchaus die Folge haben, dass sie sich eine andere Wohnung suchen müssen oder einen neuen Arbeitsplatz oder beides.

Die Grünen haben zwar grundsätzlich – im Durchschnitt – recht, wenn sie mit Blick auf das von ihnen vorgeschlagene "Energiegeld" schreiben: "Unterm Strich werden so Geringverdiener:innen und Familien entlastet und vor allem Menschen mit hohen Einkommen belastet." Trotzdem ist es im Einzelfall so, dass Menschen mit geringem Einkommen und Vermögen gezwungen werden, ihr Leben zu ändern, und andere zwar finanziell stärker belastet werden, aber ihr Leben nicht ändern müssen.

Diese Problematik ist in der Politik natürlich grundsätzlich bekannt, was unter anderem dazu geführt hat, dass Steigerungen beim Benzinpreis mit Erhöhungen der Pendlerpauschale ausgeglichen wurden – mit der Folge, dass der Autoverkehr weiter zugenommen hat. Eine ähnliche Problematik gibt es nicht nur im Verkehrsbereich, sondern ebenfalls bei den Kosten für Strom und Heizung.

Ernährung und Landwirtschaft sind ebenfalls Themen, die sehr relevant sind für den Klimaschutz und den Umgang mit unserer Umwelt insgesamt. Den meisten Menschen – auch denen, die sich politisch in Parteien engagieren – ist seit langem klar, dass sich etwas ändern müsste. In den Programmen zur Bundestagswahl kommt diese Einsicht zum Ausdruck. Einen wirksamen Hebel, wie in der komplizierten Gemengelage mit großen Kompetenzen auf europäischer Ebene, Verbraucherinnen und Verbrauchern, die stark auf den Preis achten, den sie für Lebensmittel bezahlen, und einer auf Effizienz getrimmten Landwirtschaft, die Massen auch für den Fleischexport produziert, scheint bisher noch nicht gefunden.

Deshalb ist die Erreichung des Ziels Klimaneutralität bis 2045 oder spätestens 2050 auch für Deutschland keine Formsache. Der Ausgang der Bundestagswahl wird allerdings wohl weniger entscheidend sein. Zu der Frage, wie es gelingen kann, die notwendigen Veränderungen so zu organisieren, dass sie von einer großen Mehrheit als gerecht empfunden werden, haben sich die Parteien in ihren Programmen leider eher unklar geäußert. Die Entwicklungen nach der Wahl werden also in dieser Hinsicht vermutlich spannender sein als der Wahlkampf.

Service

Aktuelle Meldungen aus dem Kreisverband: http://www.vcd.org/vorort/duesseldorf/
Aktuelle Meldungen aus dem Bundesverband: http://www.vcd.org/
Mehrfach ausgezeichneter Blog Zukunft Mobilität: http://www.zukunft-mobilitaet.net/
Radwegparker per E-Mail (Betreff mit Straße, Hausnummer, Tatbestand) melden bei: verkehrsueberwachung@duesseldorf.de

Autoren:

Almut Langer [AL], Elke Seipp [ES], Hans Jörgens [HJ], Iko Tönjes [IT], Jost Schmiedel [JS], Ludolf von der Linden [LL] Newsletter anmelden oder abbestellen: Einfach informell per Mail an jost@vcd-duesseldorf.de